

Vorlage Nr.: 2026/0088/1

Eingang: 30.03.2026

**Neubaustrecke - Ausbaustrecke (NBS/ABS) Mannheim-Karlsruhe, Sachstand:
Vorzugsvariante R4 der Neubau-/Ausbaustrecke Mannheim – Karlsruhe
Interfraktionelle Resolution: GRÜNE, CDU, SPD, FDP/FW, Die Linke, KAL, Volt, FÜR**

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Planungsausschuss	16.04.2026	3.1	N	Vorberatung
Gemeinderat	28.04.2026	16.1	Ö	Behandlung

Die Stadt Karlsruhe positioniert sich gegenüber der Deutschen Bahn und dem Bund folgendermaßen zur geplanten Vorzugsvariante R4 der Neubau-/Ausbaustrecke Güterbahntrasse Mannheim – Karlsruhe:

1. Der Gemeinderat Karlsruhe und die Stadt Karlsruhe unterstützen die Pläne zum Ausbau der Güterbahnstrecke zwischen Mannheim und Karlsruhe im Rahmen der Transversale Rotterdam – Genua. Die geplante Vorzugsvariante R4 wird in ihrem Verlauf an der Bundesautobahn grundsätzlich anerkannt. Der Zeitplan der Umsetzung soll nicht verzögert werden.
2. Für den Erfolg des Projekts ist eine leistungsfähige und den Schutz der Anwohner*innen berücksichtigende Verknüpfung der Planungen der Strecke Karlsruhe – Basel und der geplanten Strecke Mannheim – Karlsruhe zwingend notwendig. Dies ist trotz entsprechender Aufforderungen in der Vergangenheit nicht ausreichend geschehen. Die Deutsche Bahn wird aufgefordert, sich zu diesem Thema zu erklären und entsprechende Planungen vorzulegen. Der Schutz der Anliegenden beinhaltet neben den Neubauabschnitten die durch Mehrverkehr betroffenen Bestandsstrecken in Bezug auf Lärmemissionen, Erschütterungen, Schließzeiten an Bahnübergängen, Flächenverbrauch und Frischluftzufuhr.
3. Die Deutsche Bahn soll darlegen, nach welchen Kriterien und anhand welcher Werte die derzeit geplante Abfolge von Trögen und kurzen Tunneln mit einem durchgängigen Tunnel entlang der Variante R4 im Karlsruher Stadtgebiet abgewogen wurde. Neben dem reinen Kostenvergleich muss geprüft werden, wie sich die Tunnelalternative auf den Schutz der anliegenden Bevölkerung, auf Handel und Gewerbe sowie auf Landschaftsschutzgebiete, Waldgebiete und Kleingartenanlagen auswirkt und es muss dazu eine erneute Abwägung durchgeführt werden.

Die Stellungnahme der Stadt Karlsruhe im Rahmen des nun beginnenden Raumordnungsverfahren wird in diesem Sinne erfolgen.

Begründung/Sachverhalt:

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat sich 2022 einstimmig wegen zahlreicher unterschiedlicher Betroffenheiten für den Ausbau der Güterbahntrasse mit einer durchgehenden Tunnellösung im Stadtgebiet ausgesprochen. Diese Betroffenheiten bestehen nach wie vor.

Der jetzt vorgelegten Variante mit Troglösung will sich der Gemeinderat nicht von vornherein verschließen und das Projekt weiter konstruktiv begleiten. Die Deutsche Bahn als Planungsträger muss aber sicherstellen, dass wichtige Planungsschritte und die Kommunikation gegenüber den in Karlsruhe Betroffenen nicht zu kurz kommen. Daher ist die Untersuchung der Leistungsfähigkeit des Anschlusses an das Projekt Karlsruhe-Basel inklusive dessen Auswirkungen auf die Bevölkerung auch an den Bestandsstrecken sowie ein vertiefter Variantenvergleich auf Karlsruher Gemarkung zwingend.

Unterzeichnet von:

Aljoscha Löffler
Christian Klinkhardt
Detlef Hofmann
Tilman Pfannkuch,
Dirk Müller
Dr. Anton Huber
Raphael Fechler
Dr. Stefan Noé
Petra Lorenz
Anne Berghoff
Tanja Kaufmann
Fabian Gaukel
Lüppo Cramer
Sonja Döring
Michael Haug
Friedemann Kalmbach